

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

20 (24.1.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Verteilungsliste: Nr. 8144. Geschäftsstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserats billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 20.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag den 24. Januar 1907.

27. Jahrgang.

Wähler! Bürger! Arbeiter!

Der Tag der Abrechnung steht nun bevor!

Morgen hat das deutsche Volk das Wort. Mit dem Stimmzettel soll die Antwort erfolgen auf die brüske Herausforderung der Regierungen. Der morgige Tag soll darüber entscheiden, wie in den nächsten Jahren Deutschland politisch und wirtschaftlich regiert werden soll. Das Volk soll morgen sein Urteil abgeben über

den Lebensmittelwucher,

über den Absolutismus, über die Kolonialskandale, über die gewissenlose Verschleuderung der Reichsgelder an die Tippelskirch, Pöbblersk und Konsorten; über die wahnwitzige Welt- und Flottenpolitik, die uns dem finanziellen Bankrott entgegenführt.

Wähler! Der morgige Tag soll eine gewaltige Demonstration für die Forderungen der Demokratie, der Volksherrschaft werden. Es gilt, der Säbelherrschaft einen Denkzettel zu verabsolgen, an dem sie genug hat.

Dem Fortschritt auf allen Gebieten

soll morgen die Bahn frei gemacht werden. Unsere Parole kann daher nur sein:

Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Absolutismus!

Nieder mit allem, was der freiheitlichen Entwicklung hindernd im Wege steht!

Diese Parole wird am tatkräftigsten unterstützt durch die Wahl der

sozialdemokratischen Kandidaten!

Bürger! Arbeiter! Auf die Schanzen! Stellt Euch morgen den Wahlkomitees massenhaft zur Verfügung! Holt die Säumigen an die Urne! Geht frühzeitig zur Wahl!

Noch die Sozialdemokratie!

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

für das allgemeine Wahlrecht.

Die geistige Schutztruppe der Herren Willow und Dornburg, die in ebenso lächerlicher wie würdelloser Art jetzt auf der südwestafrikanischen Dattelsteife den kolonialen Waidweide tanzt, reicht bis in die Weiden der äußersten Rinde der sogenannten Intellektuellen. Selbst die Simplizissimus-Deute sind vom Dornburgfoller erfasst und beweisen damit, wie selbst die aufgeklärtesten Intellektuellen in Deutschland und die schärfsten Spötter über herrschende Mängel politisch von einer Harmlosigkeit sind, die ihnen nur daraus zu erklären ist, daß man in Deutschland noch nicht den Anfang eines öffentlichen politischen Lebens hat.

Der Sottentontentarm der Fünfzehn-Mark-Dineren deutsche Kunst und Wissenschaft ist so aufdringlich, daß die ernstesten Vertreter deutscher Bildung dagegen nicht aufkommen können. Immerhin erheben sich solche würdigen Vertreter deutscher Wissenschaft, die wenigstens so viel Selbstbewußtsein und Ernst haben, daß sie sich nur gerade dann zum Antritt erheben, wenn eine Wahrheit und die deutsche Kultur auf nationale Weise totgeschlagen werden soll. Um wenigstens im Ausland zu zeigen, daß die deutsche bürgerliche Wissenschaft nicht völlig verblödet ist, möchten wir an eine klassische Vertiefung des ja gerade von den Intellektuellen verurteilten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts erinnern, die vor einigen Jahren in der ethnischen Kultur veröffentlicht worden ist. Damals führte der Nachfolger Friedrich Albert Dornburg an der Universität Marburg, Hermann

wertigen" beim Volksrechte zu reden, ist nicht gerechtfertigt. Die Winderwertigen sind doch der allgemeinen Wehrpflicht würdig. Sie sollen doch, und zwar nicht als Sünder, den Staat verteidigen als ihr Vaterland. Der Staat des Vaterlandes darf keinen Unterschied machen zwischen der gleichen Wehrpflicht und dem gleichen Wahlrecht. Das Wahlrecht unterscheidet den Wehrpflichtigen vom Soldaten.

Die milderen Einwendungen haben sie nicht erwähnt, wie die Unterschiede in der politischen Klasse. Das ist der grundsätzliche Irrtum, daß der Reich reich und selbständig werden könne, auf anderem Wege, als durch seine selbständige Mitwirkung am Staate, und in erster Linie an der Mitwirkung des Staatswillens. Es ist dies die größte Gefahr, welche durch die gangbare Vorstellung von der Religion herbeigeführt wird, als ob sie allein, ohne Recht und Staat, den Menschen zur sittlichen Mündigkeit zu bringen vermöchte. Das gleiche Wahrecht ist das exakte Mittel der sittlichen Volkserziehung.

Badische Politik.

Professor Leonhard Müller f.

Unserwartet rasch ist am Sonntag Professor Leonhard Müller, der Verfasser der badischen Landtagsgeschichte und verschiedener anderer wertvoller publizistischer Arbeiten aus dem Leben geschieden. Als Politiker war Müller nicht weiter bekannt; er gehörte früher zur freisinnigen Partei, ging aber später als „Einspänner“ seine eigenen Wege. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er durch seine publizistischen Arbeiten, insbesondere durch seine Landtagsgeschichte, bekannt. Müller war ein gut liberaler Mann, dem es ehrlich um die Wiederherstellung des Liberalismus zu tun war. Daß er schließlich keiner der liberalen Parteien mehr angehörte, zeigt, daß ihm keine diejenige Befriedigung zu geben vermochte, deren er bedurfte, um in ihr wirken zu können. Müller war ein lauterer, gerader Charakter, ein Mensch, dem auch der politische Gegner bei aller Gegensätzlichkeit der Ueberzeugung gerne die vollste Hochachtung entgegenbrachte.

Die Einnahmen der bad. Staatseisenbahnen betrugen im Dezember 1906 7 124 830 Mk. (mehr 140 880 Mk.). Davon entfallen auf den Personenverkehr 1 823 770 Mk. (mehr 39 555 Mk.), auf den Güterverkehr 4 243 090 Mk. (mehr 49 612 Mk.). Im ganzen Jahre 1906 wurden vereinnahmt 94 162 360 Mk. Die Mehreinnahmen beliefen sich auf 6 746 851 Mk.

Deutsche Politik.

Geburtsstags-Vorgefühle.

Ein „Geburtsstagsgedenk“ für Se. Majestät den Kaiser“ sollen nach der Anlage des Hofmarschallamts die Wahlen vom 25. Januar werden. Die Richter für die Illumination scheinen aber vorläufig vorsichtigerweise noch nicht bestellt zu sein, denn der Reichsbote schreibt:

Es liegt auf der Hand, daß die reichsfeindlichen Parteien vor den nationalen Gruppen faktisch einen bedeutenden Vorsprung besitzen, den nur

die äußerste Anspannung aller Kräfte wieder auszugleichen vermag.

Nach Siegestimmung sieht das jaust nicht aus, und nach Geburtstagsstimmung auch nicht.

Noceren gegen Schmidt.

Der frühere Abg. Noeren veröffentlicht in der Köln. Volksztg. eine Erklärung, der zufolge er die Klage gegen Schmidt schon am 28. Dezember v. J. eingereicht hat. Er will in der Verhandlung den Beweis erbringen, daß seine Anschuldigungen gegen Schmidt auf Wahrheit beruhen.

Die Ueberführung der Apotheken in Staats-eigentum

will ein Antrag der Sozialdemokraten in der hessischen zweiten Kammer bezwecken. Der Antrag fordert erstens neue oder heimfallende Konzessionen an Private nicht mehr zu erteilen, und zweitens die bestehenden Apotheken auf dem Wege des allmählichen Ankaufs vom Staate zu erwerben.

Reinheit und Sozialdemokratie.

Unsere Gegner können nicht genug klagen über die „Verrohung des deutschen Volksgemüts“ durch die alles Verrechnungsmüßige und Seltsame entthronende Sozialdemokratie. Wenn das wahr wäre, so müßten in denjenigen Landesteilen, in denen die Sozialdemokratie noch die geringsten Fortschritte gemacht hat, auch die wenigsten Verurteilungen wegen Wohlheitsverbrechen vorkommen. In wie weit das der Fall ist, beweist folgende kleine Aufstellung:

Staat und Landesteile	Bewertung der bei der Wahl 1906 abgegebenen Stimmen	Das je 1000 Personen wegen geübter Verbrechen verurteilt
Provinz Posen	2,7	2,4
Westpreußen	8,1	2,3
Rheinprovinz	20,9	2,0
Bayern	21,7	2,9
Altsachsen	24,2	1,7
Sachsen	24,6	1,9
Westfalen	27,5	1,7
Groß-Hessen	35,5	1,9
Provinz Sachsen	39,9	1,2
Sachsen-Weimar	48,1	0,9
Königreich Sachsen	58,8	0,6
Hannover	62,1	0,6
Berlin	68,8	1,1

Gerade das umgekehrte jener Behauptung ist der Fall. Wo die Sozialdemokratie eindringt, da sinkt die Zahl der Wohlheitsverbrechen. Wenn die Stadt Berlin von dieser Regel eine kleine Ausnahme zu bilden scheint, so erklärt sich das aus dem größeren Prozentsatz strafmündiger Personen, die aus Erwerbsgründen nach der Großstadt kommen.

Zur Reichstagswahlbewegung.

In Baden.

Als dem 2. Wahlfreie.

Willingen. Letzten Sonntag fanden in hiesiger Umgebung 4 Versammlungen statt und zwar in Dürrenheim, Dürrenheim, Willingen und Willingen. In den ersten beiden Orten referierte der sozialistische Parteivorsitzende Genosse Kauter von hier, in den letzten beiden ebenfalls bei gutem Besuch Genosse Kauter von hier. In Willingen wurde getraut sich die Parteimitglieder nicht zu erscheinen. Die Referate fanden überall gute Aufnahme. In Willingen verteidigte Parteilehrer Kung von Ueberlingen die national-liberale Partei bei der Diskussion, die entsprechende Antwort wurde ihm von Genosse

Kauter gegeben. In allen diesen Orten können wir auf Stimmengewinn rechnen. In der gestrigen Versammlung in Willingen sprach Kandidat Grubel vor einer zahlreichen Zuhörerschaft und fand seine zweifelhafte trefflichen Ausführungen allgemeinen Beifall. Hier wird von unserer Seite mit Hochdruck gearbeitet, um einen Stimmengewinn zu erzielen.

Freiburg. Der ganze Parteiparagraf, vom Ministerium bis zum Parteivorstand, hat sich bekanntlich im Willingen-Referat eine nicht weniger als beherzten Rolle gespielt hat, sowie der Parteiparagraf, von dem angeblich unparteiischen Stadtoberhaupt bis zum Stadtrath, sind in Funktion, um dem Großpartei und Lebensmittelversteigerer Daffner zum Siege zu verhelfen. Alle Mittel und seien sie noch so schief, kommen zur Anwendung. Im Willingen-Referat abends sehr lebhaft zu, der Parteivorstand darf natürlich nicht fehlen. Daß es immer noch Arbeiter gibt, die dieser Schwimmbelagerei ihre Stimme geben, ist sehr bedauerlich. Hier arbeiten die christlichen Gewerkschaften ganz offen für den Parteivorstand. Nun, unsere Genossen sind auch fleißig bei der Arbeit. Wir hoffen, diesmal ein schönes Stück vorwärts zu kommen.

Als dem 5. Wahlfreie.

Wie's gemacht wird. Im Freib. Boten vom 22. Januar erscheint ein Artikel, angeblich von einem Handwerker, aber ganz im Redaktionsstil gehalten, in welchem der Handwerkerkammerpräsident Bea angegriffen wird, weil er gegen den Handwerker Kauter agitiere. Letztes Jahr stand der Handwerker Bea dem Parteivorstand gegenüber. Da durften die Handwerker gegen den Handwerker agitiere. Jetzt droht man dem Herrn Bea mit dem Abgängen, nur noch ein Parteivorstand darf Präsident der Handwerkerkammer sein.

Die Parteivorstandshandwerker bringen alles fertig. Bei der letzten Landtagswahl forderten sie in der Wiehre zur Wahl des Handwerkers statt eines Professors auf, und im Stühlinger Stadtteil da war ein Professor der rechte Mann, und nicht der Handwerker Kräuter. Die Leute vergessen nur eines, daß das Zentrum in Freiburg nur deshalb einen Handwerker aufstellte, weil sich kein Advokat oder sonst ein hoher Herr finden ließ; es ist also nur Nothelfer. Und eine Partei, die so kämpft, führt das Wort „Wahrheit“ in ihrem Wappen.

Freiburg. Unsere Festhalleversammlung gestaltete sich zu einer glänzenden Wahldemonstration. Die große Halle war dicht besetzt und hunderte mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Als erster Redner sprach Genosse Grubel, der hauptsächlich die Steuer- und Sozialgesetzgebung behandelte. Sodann folgte Genosse Oskar Sed aus Mannheim, der ebenfalls hier gesprochen hat. Redner ging mit den Volkseigenen sehr scharf ins Gericht und charakterisierte mit seiner Ironie die Kolonialpolitik. Sehr treffend geäußerte er die volksverräterische Politik des Parteivorstandes, bezog den Lebensmittelwucher und schloß mit einem klammernden Appell für unsere Kandidaten, Genossen Krüger, die Stimme abzugeben. Stürmischer Beifall durchbrachte den Saal. Zum Schluß sprach Genosse Kräuter in markanten Worten die Parteien News passieren, der allem das Zentrum, dessen Vresse läge, was das Zeug hält. Gegen halb 12 Uhr schloß der Vorabend. Genosse Koch, die Versammlung.

Freiburg. Wir kennen Sie wieder, unsere „Frommen-Reden“. Er liegt wieder so fern, wie kaum je zuvor. Unser Flugblatt hat's ihm angetan. Die Sozialdemokratie habe gegen 12 Anträge gestimmt, durch welche die Reichssteuer werden sollten. Wie viel, bzw. wie wenig diese Steuern aber einbringen, das verschweig

der Völk, ebenso wie die Kasse, daß das Zentrum sich mit Dingen und Pfaffen gegen die direkte progressiv steigende Reichseinkommen- und Vermögenssteuer wehrt, durch die allein die Reichs- so getroffen werden können, wie es die Gerechtigkeit gebietet.

Was soll man daraus erwidern, wenn das Lügenblatt behauptet, die Sozialdemokratie sei keine Arbeiterpartei, eine Schutztruppe der Reichs, die dem Zentrum gegen die angebliche Dauerneidenschaft der Sozialdemokratie, zusammenhängt, geht schon auf seine Kuhhaut mehr. Daß aber der Zentrumsschreiber die einzig wahren Vertreter der Arbeiter angepöbeln werden. Was der Völk über die angebliche Dauerneidenschaft der Sozialdemokratie, zusammenhängt, geht schon auf seine Kuhhaut mehr. Daß aber der Zentrumsschreiber die einzig wahren Vertreter der Arbeiter angepöbeln werden.

Es wird nicht möglich sein, alle Lügen der Gegner, insbesondere die der Zentrumspresse, zu widerlegen. Wir werden es aber auch nicht sein. Jeder Genosse muß durch diese Verleumdungen aufgeklärt werden.

Wahltag ist Jahrtag. Zahlen wir den Zentrümern all die Beschimpfungen der letzten Monate dadurch heim, daß jeder sich in den Dienst der Partei stellt und Agitator wird. Sorgen wir dafür, daß auch der letzte Mann an die Urne kommt. Schärfer Kampf den Liberalen, wie den schwarzen Votwuchsern.

Aus dem 3. Wahlkreis.

Schöpsheim. Am vergangenen Sonntag wurden sieben zum Teil überfüllte Versammlungen von uns abgehalten, in welchen außer dem Kandidaten die Genossen Grimm und Christianien sprachen. Ueberall ist gute Stimmung für unsere Sache vorhanden. Am Montag sprach Genosse Christianien in überfüllter Versammlung in Zell, Genosse A. Müller in Habel. Dort verurteilte der Vorstand des Militärvereins, welcher von einigen Liberalen gebildet wurde, uns das Total abzutreiben. Genosse Müller ließ sich nicht abreden, und die gut besuchte Versammlung wird jenen Liberalen Herren gezeigt haben, daß man uns auf diese Weise nicht mehr belächeln kann.

Am Dienstag fand in Fahrnau eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher unser Kandidat sprach. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Herr Woll, Kreislehrer aus Schöpsheim, den Ausführungen mußte er größtenteils zustimmen.

Herr Woll beteiligte sich sehr vollständig zu sprechen, um wenn möglich, in Fahrnau noch zu retten was zu retten ist. Es ist das derselbe Herr, der die Prinzipienreue unseres Kandidaten in einer öffentlichen liberalen Versammlung deshalb anzeigte, weil Genosse Müller, einmal mit dem Genossen Goldstein zusammen, zweiter Klasse gefahren ist, zur Zeit, als Goldstein Reichstagsabgeordneter war und freie Fahrt erster Klasse zu beanspruchen hatte. Bei uns aber sprach der Herr sich sehr ercent über die Kandidatur des Genossen Müller aus. Seine ganzen Ausführungen waren so gehalten, daß man heraushörte, wo die Herren Liberalen für den Fall einer Stichwahl der Saub drückt. Genosse Müller gab dem Friedensengel und den Herren Liberalen deutlich zu verstehen, wie der Sale Luft.

Der anwesende Fabrikant Horn blieb auch nicht verschont. In kräftigen Worten geißelte Genosse Müller das Verhalten des Fabrikanten Horn, während der in Fahrnau eingelegten Arbeiterbewegung im vorigen Jahre. Herr Horn versprach sich zu bessern, aber die Woffst hat ihn wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir dürfen vorausichtlich mit Fahrnau zufrieden sein und hoffen wir, daß der 23. Januar uns nicht enttäuscht.

Aus dem 7. Wahlkreis.

Bürgermeister Häfner. Ettingen tritt heute in Offenburg als Assistent des Zentrumskandidaten Erzbischof im Unionale auf, um seinen Kollegen, Bürgermeister Schäfer, vom Unglück zu retten, mit dem dritten Bürgermeister Säger in die Stichwahl zu kommen. Da die Möglichkeit, den einen Bürgermeister gegen den anderen zu verlieren, von der Wahlstrategie der Hanauer Bürgermeister abhängt, ist die Wahlstrategie des „roten“ Häfner im katholischen Vereinshaus zu Offenburg nur eine dekorative.

Offenburg. Unsere Genossen sind hier in der Agitation gegen Zentrum und Nationalliberale sehr tätig. Am Samstag fand in Oberlich eine sehr gutbesuchte Versammlung statt und am Sonntag in Oppenau, 11 m und Appenweier, am Montag in Billstätt, am Dienstag in Aehl und Wodersweier und am Mittwoch Abend in Wengenbach. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht; einige Säle reichten nicht aus, um die Menge der Teilnehmer zu fassen, so in Appenweier und Billstätt, wo viele Versammlungsbesucher außerhalb des Lokals, im Freien, stehen mußten. Die Aufnahme unseres Kandidaten und seiner Ausführungen war eine durchweg gute, obwohl sich unsere Gegner in den Versammlungen — wenn auch vergeblich — bemüht, für ihre Sache Propaganda zu machen.

Aus dem 8. Wahlkreis.

Cos. Auch in unserer Zentrumshochburg wird es Tag. Am Samstag den 19. Jan. fand hier im Gathaus zum Wiler eine von 250 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher unser Kandidat, Herr Apotheker und Stadtvorstand Lutz aus Baden über die Reichstagsauflösung und die Reichstagswahl sprach. Seine zweifelhafte Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Darauf erging Landtagsabg. Gen. Säb, Hild, Mannheim das Wort und referierte über Sozialpolitik. Auch dieser Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion erging der Wähler Neumannsamt Dr. Reiter aus Baden das Wort, welcher für seine Partei Propaganda zu machen suchte. Derselbe wurde aber von Gen. Lutz unter großer Heiterkeit gründlich abgelehnt.

Aus dem 9. Wahlkreis.

Zu gemeinsamer Weise führen auch diesmal wieder die Nationalliberalen in unserm Wahlkreis den Wahlkampf. Während man überall sonst sich anständig, bei aller Gegenständlichkeit in den politischen Anschauungen den Wahlkampf sachlich und mit antwortigen Mitteln zu führen, hinterieren die Nationalliberalen im 9. Wahlkreis wieder mit ihren Stinfbomben. Das soeben zur Verteilung gelangte Flugblatt ist das niedrigste demagogische Nachwerk, das uns bis jetzt zu Gesicht gekommen ist. Es mimelt nur so von Lügen und Verleumdungen über unsere Partei. Es ist das nationalliberale Propaganda in seiner abschreckendsten, häßlichsten Gestalt, das uns hier entgegentritt. Wenn dann auf solche Gemeinheiten die entsprechende Antwort erfolgt, dann entziehen sich die Herrschaften über den „roten Ton“ der Sozialdemokraten. Dazu haben sie wahrlich nicht die geringste Veranlassung. Nun, die sozialdemokratischen Wähler werden die Antwort auf dieses Flugblatt morgen geben. Sie wird deutlich genug ausfallen, darauf können sich die Herrschaften verlassen.

Durlach. Die Blockparteien wollen offenbar das Zentrum in puncto Beschimpfung der Sozialdemokratie übertreffen und dieses Ziel haben sie auch tatsächlich mit dem gestern dem Durlacher Wochenblatt beigelegten Flugblatt erreicht. Etwas gemeineres, erbärmlicheres wie dieses Elaborat haben wir noch selten zu Gesicht bekommen. Eine Partei, die derartiges fertig bringt, verdient nicht die mindeste Rücksicht mehr, sie hat jeden Anspruch auf Anstand verwirkt. Man lese nur folgenden Satz:

„Doch in unsern öffentlichen Verhältnissen dieses Verbesserungsbedürftig ist, leugnet kein vernünftiger Mensch, und daß gerade in der letzten Zeit

in unsern Kolonialwesen sich manches als unzulänglich erwiesen, verurteilt niemand lebhafter als der wahre, ehrliche Vaterlandsfreund.“

Die Sozialdemokratie dagegen darf gar nicht das Verlangen haben, die Zustände zu bessern, sie ist vielmehr ihrem Wesen nach darauf angewiesen, alles aufzubieten, daß die Zustände in unserm öffentlichen Leben sich so trostlos wie nur irgend möglich gestalten.

Und in diesem Ton geht es durch vier Druckseiten fort. Dieses Pamphlet muß auf jeden Arbeiter, der sich zu uns zählt, aufreizend wirken. Kommt darum heute Donnerstag Abend massenhaft zum letzten Appell in der Festhalle, dort wird mit den Herren Generalabrechnung gehalten werden.

Helf, was helfen mag, denken jetzt die Blockparteien und greifen wie der Ertrinkende nach jedem Strohalm. So wurden gestern im Landbezirk Durlach Flugblätter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verbreitet. Die Demokraten haben gegen diese Art der Agitation offenbar nichts einzuwenden und das läßt tief blicken. Liberale Kampfmittel!

Die gestern Abend in der Festhalle stattgehabte liberale Wählerversammlung war, wie uns berichtet wird, ziemlich gut besucht; auch eine größere Anzahl Arbeiter hatte es für gut befunden, den Herren die Versammlung zu füllen. Die Herren Wittum und Binz sowie Herr Direktor May entwickelten das „Programm“, dabei Sozialdemokratie und Zentrum total vernichtend. Herr Wittum erzählte außerdem noch seinen Wählern in Durlach, wie beliebt er bei den Arbeitern in Forstheim sei, wie so gar ein Gewerkschaftsführer zu ihm gekommen sei und ihm für seine Vermittlung in der Lohnbewegung der Metallarbeiter gedankt habe. Derselbe Herr habe ihm erklärt, wenn die Fabrikanten ihn (Wittum) wegen seiner arbeiterfreundlichen Haltung, wie sie gedacht, nicht mehr wählen wollten, würden ihn die Arbeiter wählen, und noch einige andere Wählern erzählte Herr Wittum. Wenn das so fort geht, kann es ja gar nicht anders sein, als daß er schon im ersten Wahlgang — nicht gewählt wird.

Ettingen. Eine prächtige Versammlung fand hier am Montag statt. Kandidat, Handwerker und Arbeiter waren erschienen, die wir noch niemals in unseren Versammlungen gesehen haben. Der Saal war überfüllt, als Genosse Benz die Rede eröffnete. Genosse Wette aus Aue hielt zuerst einen einleitenden Vortrag, und entledigte sich munter seiner Aufgabe. Inzwischen war Genosse E. Eichorn eingetroffen, der zuerst in

stetken Feinde des bestehenden Reichstagswahlrechts sehr zahlreich sind, viel, viel zahlreicher, als die Leute, auf die man sich in dieser Frage verlassen kann? Will sie bekämpfen, daß, wo immer in Deutschland ein Wahlrecht raub verübt wurde, die Nationalliberalen dabei waren? Will sie bekämpfen, daß jeder, auch der kleinste Fortschritt auf diesem Gebiete, gegen den hartnäckigsten Widerstand der Nationalliberalen erkämpft werden mußte? Das sind doch historische Tatsachen, die nicht geleugnet werden können.

Und die Freisinnigen sind nicht weniger unzuverlässig. Also nur nicht so auftrumpfen. Was im Friedrichshof gesagt wurde, ist wahr und mußte gesagt werden.

Das Volk hat alle Ursache, gerade diesmal recht vorsichtig zu sein. Auf nationalliberale Versprechungen ist erfahrungsgemäß nichts zu geben. Das haben die Erfahrungen im letzten Landtag wieder zur Genüge bewiesen.

Bruchsal. Eine gut besuchte Versammlung fand am Dienstag Abend im Rathschhof hier statt. Leider war es dem Genossen Kolb nicht möglich, das Meistert zu halten, da er vollständig betrunken war. An seiner Stelle übernahm Genosse W. H. die Rede. Einer Aufgabe entledigte sich derselbe in befallener Weise. Keiner Beifall wurde ihm zuteil. An der Diskussion beteiligte sich ein Herr Strauß, der für den Blockkandidaten Stimmung zu machen suchte, was ihm aber vollständig misslang. Genosse W. H. war es ein leichtes, diese Ausführungen zu widerlegen. Mit einem Knack, dem Genossen W. H. die Stimme zu geben, wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem 13. Wahlkreis.

Philippsthal. Die am Sonntag Abend im Lokal zum Grünen Winkel dahier abgehaltene Wählerversammlung war eine der bestbesuchten, die wir je hier hatten. Der große Saal war vollständig besetzt, so daß noch viele Besucher stehen mußten. Ebenso gut war die Versammlung in Weisental besucht. Dort mußten viele auf dem Gang und im Nebenzimmer stehen, weil der Saal zur Stunde nicht alle Teilnehmer fassen konnte. Unser Kandidat, Genosse H. H. H., erlegte in beiden Versammlungen sich seine Aufgabe aufs glänzendste. Wir setzen mit großer Zuversicht dem 23. Januar entgegen.

Im Reich.

Reichsverbänderrichtliches.

Die Nordd. Allgem. Ztg. bringt unter der Ueberschrift: Singer als Förderer der Arbeiterwohlfahrt den folgenden Schwindel:

Am November 1903 erklärte Singer in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Halle in

Um das Wahlrecht! Ein Sturmsignal des Reichsboten.

In der neuesten Nummer des konservativen, dem Berliner Hofe nahe liegenden Reichsboten vom 22. Januar zitiert ein Leser gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht also:

Bei dem allgemeinen Gleichheitschwandel und Wahlrechtstaukel, der unter Führung der Verliererpartei (der Sozialdemokratie) ... unter ganzem Volk zur Paralyse führen will, möchte man alle guten Geister unseres geliebten Volkes beschwören, um diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten.

Der Freund des Reichsboten nennt schließlich das allgemeine, gleiche Wahlrecht „vernunft- und naturwidrig, öde, blöde Gleichmacherei“ und wünscht, „daß unser Volk davon erlöst und geheilt wird“.

Dazu bemerkt die Redaktion des böhschen Blattes:

Das ist die Uebersetzung aller einsichtsvollen ernsthaft patriotischen Männer; die meisten sagen es nur nicht ... aus Furcht vor der demokratischen und liberalen Judenpresse.

einer gut besuchten Versammlung in Kleinsteinhach sprach. Remoie Stille berichtete, als Genosse Eichhorn zu sprechen begann; oft wurde er durch Beifallsgelächter unterbrochen und als Genosse Eichhorn seinen glänzenden Vortrag schloß, durchbrachte ein Beifallsturm den Saal. Gegner meinten sich nicht zum Wort.

Wörth. In einer sehr gut besuchten Versammlung referierte am Sonntag Genosse Schöw a l l aus Rastbach. Der Vortrag fand großen Beifall. Hier herrscht große Begeisterung für unsere Sache.

Durlach. Ein letztes Wort wird heute in der Festhalle an die Wähler getrieben. Genossen geht auf die schmutzigen gegnerischen Flugblätter die einzig richtige Antwort, indem ihr lautstark in der Festhalle erhebt.

Geroldsau. Den Parteigenossen des Jungblaus zur Nachricht, daß das Zentralwahlbureau für das Jungblau im Gathaus zum Wiler in Wernsbach sich befindet. Die Melikate der einzelnen Orte wollen also dahin gelenkt werden.

Aus dem 10. Wahlkreis. Mit der Wahlrechtsfeindschaft der Sozialdemokratie glaubt der Bad. Beobachter allen Ernstes treiben gehen zu können. Der Ausprägung Friedeburgs: „Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Träne nachweinen“, sei echt behaftlich, echt marxistisch. Das ist Blödsinn. Der Bad. Beobachter verachtet vom Marxismus so viel, wie der Hiel vom Lautenschlagen. Es hat seinen Zweck, gegen die absurde, blödsinnige Behauptung, die Sozialdemokratie sei in der Wahlrechtsfrage nicht absolut zuverlässig, des längeren zu polemisieren. Solche Gel, die so etwas glauben, gibts vielleicht noch in der Zentrumspartei, aber sonst nirgends.

Mit derartigen Lügen verhält das Zentrum lediglich die Aufmerksamkeit von den Säuern in den eigenen Reihen abzulenken. Das Zentrum ist nicht prinzipiell für das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht; soweit es dafür eintritt, geschieht es nur aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das kann bewiesen werden.

Einfach lächerlich ist es, wenn die Bad. Landeszeitung so tut, als hätte unsere Partei im Friedrichshof eine Versammlung abgehalten, weil wir fürchteten, die Festhalle könnte zu groß sein. Es soll erst einmal eine andere Partei eine solche Festhalleversammlung abhalten, wie die unsrige am 23. Dezember d. J. eine war. Das glaubt doch die Bad. Landeszeitung selbst nicht, daß wir aus Furcht vor schlechtem Besuch keine zweite Festhalleversammlung abgehalten haben.

Sodann entrüftet sich das Blatt darüber, daß unser Kandidat, Genosse A. D. G. d., auf die Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen hinsichtlich des Reichstagswahlrechts binweisen hat. Ja, will denn die Bad. Landeszeitung bekämpfen, daß in den Reihen der Nationalliberalen die offenen und ver-

der über die Beschaffung billiger Wohnungen für die Arbeiter beraten wurde:

„Es fällt mir nicht ein, dem Arbeiter eine besondere Bürde zu laden. Denn wenn er zufrieden ist, so ist er für unsere Zwecke nicht zu haben.“ Die Arbeiter können hieraus erleben, daß sie positive Leistungen für ihre Wohlfahrt von der Sozialdemokratie nicht zu erwarten haben, da es ja das Paraphrasieren erheischt, die Arbeiter unzufrieden zu erhalten.

Wenn Singer den Unfinn gefagt hätte, und wenn dieser Unfinn Parteimeinung wäre, so hätte es die Regierung ja in der Hand, unverzüglich die Sozialdemokratie auszurotten. Es brauchte nur alle die positiven Forderungen sozialistischer Wohnungspolitik schleunigst zu erfüllen, die unüberlebbare Anzahl reformerischer Anträge, die von Sozialdemokraten seit dem Jahre 1897 auf sozialpolitischen Gebiete gestellt worden sind, verwirklicht. Nicht nötig, zu sagen, daß Singer nichts verglichen gefagt hat. Die Leistung ist gefällig aus einer gelegentlichen Erklärung Singers dagegen, daß die Gemeinden nur für ihre zusätzlichen Arbeiter statt allgemein aus Gemeindefonds Wohnungen errichten. Gegen solche „Ertrompf“ läßt sich in der Tat leicht einwenden, wie ja auch die Arbeiterwohnungen großindustrieller Betriebe in der Regel nur ein Mittel darstellen, die Arbeiter den Unternehmern gegenüber wehrlos zu machen. Die Sozialdemokratie fordert selbstverständlich nach ihrem Programm als Gegenwartsforderung kommunale Errichtung von Säulern. Die Nordd. Allgem. Ztg. braucht nur einen Blick in das Protokoll des Preussentags vom Dezember 1904 zu werfen, um folgende Forderung an die kommunale Wohnungspolitik zu finden: „Errichtung von Säulern mit gelunden, dem Bedürfnis der breiten Masse entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden.“ Singer war Vorhänger des Preussentags und hat die Annahme dieses Beschlusses verkündet, dem er selbstverständlich mit keinem Wort widersprochen hat.

Wir nehmen nunmehr an, daß die preussische Regierung diesen Beschluß des Preussentags zum Gesetz erheben wird, und die Arbeiter aufzuziehen zu machen.

Das dümmste aber an diesem offiziellen Schwindel ist, daß man ihn gerade einem Manne anzuhängen verucht, der sein halbes Leben eben dem Zwecke gewidmet hat, den Arbeitern gute und billige Wohnungen zu schaffen, der in der Berliner Stadtverordnetenversammlung jahrgelänglich für diese Forderung kämpft, der in der Budgetkommission des Reichstags für den Bau billiger Wohnungen für Reichsarbeiter eintrat, der schließlich unter persönlichen Opfern dazu half, daß in seiner Vaterstadt

Berlin auch der Vermite, der obdachlose Arbeiter ein warmes, reinliches Asyl finden solle.

Die Nordd. Allgem. Ztg. muß geschwind einen neuen Schwindel der letzten Stunde erfinden. Dieser taugt ganz und gar nichts!

Wahlverzeiwung der Kolonialschwärmer. Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg sendet als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft an die Vorsitzenden der Ortsgruppen Gesellschaft Telegramme folgenden Inhalts: „Verschiedenen beachtenswerten Seiten bin ich aufmerksam gemacht, daß es sich zur Beeinflussung der Stimmung empfehle, bei Theatern, Zirkeln und ähnlichen Instituten lebende Bildnisse dem Truppenleben Südwestafrikas, wenn auch mit vorgerendertem Text, eventuell mit Unterstützung der Behörden, vorzuführen zu lassen. Bildnisse Abstieg, Kampf, Tod, können geeignet. Wenn durch Bureau verfügbar. Ausführungen nicht vor dem 22. Januar.“ Also Theaterbesuche für die Wähler! Ob wohl wenigstens das Bild Soldaten dabei ist, die ein Hoch auf Weibel brachten?

Gerwerkschaftliche Arbeiterbewegung. Der gekränkte Bürgermeister. Dem Bürgermeister von K u l m b a c h, Herrn Fleßa, wurde einiger Zeit in einem Prozeß wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes, der vor dem Baurentner Gericht verhandelt wurde, nachgewiesen, daß er Berichte der Polizeibeamten über die von ihm überwachten Versammlungen der Brauervereine, welche dem Vorsitzenden des Unternehmens, des zur Einsichtnahme überließ, sodas die Teilnehmer über die Vorgänge in den Mitteilungen der Zahlstelle stets unterrichtet sind, und sich auf diese Weise nicht mehr getrennt in eine Versammlung zu geben. Die Franz. Tagespost bezeichnede dieses Gebahren als Mißbrauch und Verletzung des Amtsgebührens, was Herrn Fleßa so schwer kränkte, daß er gegen die Tagespost Klage wegen Verleumdung stellte. Wohlweislich hat er sich aber nicht ansondern nur als Privatperson beleidigt, geweiht im ersteren Falle das Schwurgericht Nürnberg zuständig wäre, und mit diesem hat Herr Fleßa einmal in einem Prozeß gegen die Tagespost sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Da ihm Vorwurf in seiner amtlichen Eigenschaft gemacht wird, dagegen Verleumdung geföhrt, daß dem Angeklagten durch Stellung einer Klage vor das Schöffengericht bringen und so ordentlichen Nichtern entziehen will.

Die Bewegung der Zimmerleute in Nürnberg scheint zu einem Konflikt führen zu können. Die Lohnkommission der Arbeiter hat mit den Unternehmern verhandelt, die die neunstündige Arbeitszeit unter keinen Umständen aufgeben, Löhne nur um eine Kleinigkeit erhöhen und Tarif nur auf ein Jahr abschließen wollen. Die Unternehmervereinbarung im nächsten Jahre beständig in ganz Nordbayern ein „gleiches Lohnverhältnis“ zu schaffen. Die Arbeiter erklären, daß sie neunstündigen Arbeitszeit sowie an einer erheblichen Lohnherhöhung festhalten und nötigenfalls die Bewegung bis zur letzten Konsequenz führen werden.

Der deutsche Buchbinderverband kann, wie dem Bericht des Vorstandes entnehmen, das 1905 als ein recht erfolgreiches in Bezug auf Fortschritte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder betrachtet. Von 52 Bewegungen, Streiks und Ausperrungen mit Beteiligten endigten 38 mit 2551 Beteiligten, 3 mit 82 Beteiligten mit teilweisem und 1068 Beteiligten ohne Erfolg. Es wurden 1865 Personen eine Arbeitszeit von 339 300 Stunden pro Jahr, das sind durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Person und Woche für 2566 Personen eine Lohnaufbesserung 235 820 Mk. oder pro Person durchschnittlich 92 Pf. pro Woche. Die Gesamtausgabe für Lohnbewegungen belief sich im Jahre 1904 auf 41 826 Mk. Sie wurde allein durch die ermittelten Erfolge bereits im ersten Jahr um als das Fünffache heringebrahrt.

Soziale Rundschau.

rd. Rechtsanwältige Wöhrnerinnen-Interieur. Eine Ortskrankenkasse hatte in ihren Statuten Bestimmung aufgenommen, daß im Falle der Verbindung der Ehefrau eines Mitgliedes ein Betrag zur Bezahlung der Gebammediensleistungen Höhe von 36 Mk. gewährt werden sollte. Diese Bestimmung hatte die befürdliche Gemeinde nicht erhalten und das Badische Verwaltungsgericht, das in letzter Instanz darüber zu entscheiden, ob der fragliche Kasus geföhrt sei, hat eben im verneinenden Sinne entschieden. Ueber die Höhe und Erweiterung der Leistungen der Krankenkassen spricht sich § 21 des Krankenversicherungsgesetzes ausführlich aus, insbesondere bestimmt Ziffer 5 dieses Paragraphen, daß für Frauen der Krankenmitglieder, sofern sie nicht dem Krankenversicherungsgesetz unterliegen, die Gebammediensleistungen und freie Behandlung der Schwangeren und Neugeborenen beschlossen werden kann. Wenn nun die Kasse der Gebammediensleistungen einen bestimmten Betrag gewährt, so ist es an Stelle der Kasse eine andere Art der Leistung und verstößt gegen das Gesetz.

Uebrigens müßte auch noch aus einem Grunde der fraglichen Bestimmung die Genehmigung verlangt werden. Es besteht nämlich die Bestimmung, daß der an Stelle der Naturalleistungen wahrte Geldbetrag zu anderen Zwecken verwendet werden könnte als zur Beschaffung der ersten Hilfe, wodurch der Zweck des Gesetzes — währ der wirklichen Finanzbrudnahme der armen — vereitelt würde.

Schließlich ist auch noch in Betracht zu ziehen der festgelegte Betrag den tatsächlichen Leistungen in den meisten Fällen nicht entspricht, entweder die vom Gesetze geforderten Leistungen dafür zu erhalten sind, oder der Kasse ein unangenehm entfällt. — Nur den sich nicht im Krankenhaus aufhaltenden Krankenmitgliedern kann durch Krankenstatut gemäß § 27, Absatz 1 Krankenversicherungsgesetzes an Stelle der Naturalleistungen eine Vergütung in barem Geld gewährt werden, und zwar ist den Kassen diese Geld nur aus dem Grunde gegeben worden, ihnen in Fällen dieser Art die Leistung der Kasse selbst besonders erleichtert wäre.

Nach allem entbrachte die freitliche Bestimmung der fraglichen Ortskrankenkasse der Rechtsanwältigen

erhalten in Hauptstad hatten wi phonisch bringend, Werbung gegeben d Einzelu 9. und 10 am Saab der Bal Befersung wünscht di wie Rasto Borrad, S sungen, S auf den a freund m tragen we Da wir in Mittel-treten sind freunden jenen Bel Nummer Da es k des Wahl beteiligen, merksam g In fe weniger gegenwü Protokoll handlung einer do mit mi Wirtschaft Unere pweck der den erlich graphen h Der S 1 Der A will, nim der Nöh Rebenitij son eine gibt sich Rebenitij achtet in Handelsprotokoll aufsetzen gettel de (S 12), urne leg Aufelien Abhaltung abnosen woll Daßlan hiermit zur morgen Abden, sich in Dies unmalige Reibredung waffen daron Einhorn be schuldige fr annehmen un Die jeder u abends im G Tribreg, h als Wahl gegenmähne Wählritid im Gathaus von Unf

